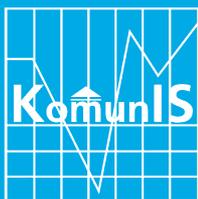


Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeber:
Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt



Themen

1/2007

**Wechselwahlverhalten und Einfluss der Politikebene
auf die Wahlentscheidungen bei der Landtagswahl
2006 in Stuttgart**

Fahrtzeiten mit dem ÖPNV in die Stuttgarter Innenstadt

**Zur Anbindungsqualität an das ÖPNV-/das Straßennetz
in Stuttgart**

Kleinräumige Arbeitslosenquoten in Stuttgart 2005

Mietspiegel 2007/2008 erschienen

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



Kleinräumige Arbeitslosenquoten in Stuttgart 2005

Ulrich Stein

Arbeitslosenquoten werden von amtlicher Seite für Stuttgart nur auf Gesamtstadtebene veröffentlicht. Die gesamtstädtische Quote verdeckt, dass die kleinräumigen Arbeitslosenquoten innerhalb der Stadt erheblich streuen. So gibt es Gebiete, in denen die Arbeitslosenquoten bis zu 40 Prozent betragen (beispielsweise in den Stadtbezirken Bad Cannstatt, Stuttgart-Ost und Stuttgart-Mitte). Dagegen gibt es insbesondere in den südlichen Stadtbezirken Vaihingen, Möhringen, Plieningen, Birkach, Degerloch oder Sillenbuch Gebiete, in denen sich die Arbeitslosenquoten nahe Null befinden. Auch in Teilen Botnangs oder den Halbhöhenlagen liegen die Arbeitslosenquoten unter der 5-Prozent-Schwelle (vgl. Karte). Insgesamt sind mit steigender Einwohnerdichte höhere Arbeitslosenquoten zu messen. Eine Ausnahme hiervon bildet der Stuttgarter Westen, in dem eine sehr hohe Einwohnerdichte mit nur durchschnittlich hohen Quoten einhergeht.

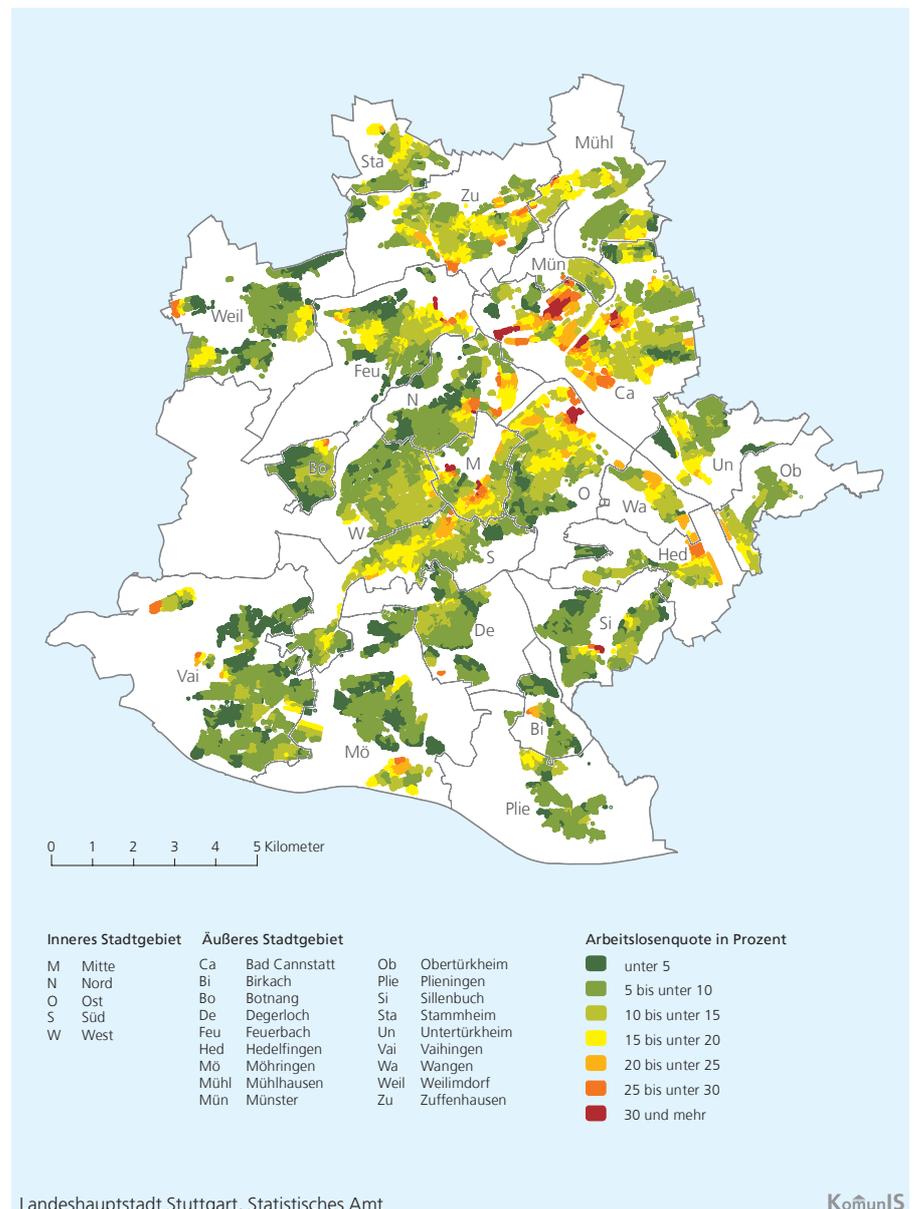
Die Berechnung der kleinräumigen Arbeitslosenquoten weicht aus Gründen der Datenverfügbarkeit von der offiziell von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Quote ab. Der Unterschied besteht im Nenner der Quote: bei der kleinräumigen Arbeitslosenquote sind hier „nur“ die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosen summiert, da für beide Gruppen die Adressen bei der Bundesagentur für Arbeit erfasst werden. In der offiziellen Quote umfasst der Nenner zusätzlich die Zahl der Selbständigen, Freiberufler und Beamten, deren Wohnadressen allerdings nicht erhoben werden. In einer kleinräumigen Analyse können deshalb diese Gruppen auch nicht einbezogen werden.

Da der Nenner der kleinräumig berechenbaren Arbeitslosenquote kleiner ist als der in der offiziellen Berech-

nungsweise, fällt die kleinräumig berechenbare höher aus als die offizielle. Im Dezember 2005 betrug sie 12,2 Prozent, die offizielle dagegen 9,1 Prozent. Die hellgrün markierten Flächen in der Karte, die Arbeitslosenquoten zwischen 10 und 15 Prozent kennzeichnen, sind somit Gegenden mit für Stuttgart durchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten.

Zur Berechnung der kleinräumigen Arbeitslosenquoten wurde um jeden bewohnten Punkt (Baublockseite) Stuttgarts ein 200m-Luftlinien-Umkreis gezogen und in diesem Umkreis die Arbeitslosenquote berechnet. Damit wurde eine leichte räumliche Glättung der Werte erzielt, um Ausreißerwerte zu vermeiden.

Kleinräumige Arbeitslosenquoten in Stuttgart 2005



Mietspiegel 2007/2008 erschienen

Ulrich Stein

Ein „qualifizierter“ Mietspiegel muss nach gesetzlicher Vorgabe alle vier Jahre neu aufgestellt werden. Jeweils dazwischen (zwei Jahre nach der Aufstellung) muss er fortgeschrieben werden. Turnusgemäß stand für den Mietspiegel, der für die Jahre 2007 und 2008 gültig ist, eine Neuaufstellung an. Die wesentlichen methodischen Änderungen gegenüber dem vorigen Mietspiegel und zentrale Ergebnisse der Auswertung werden im Folgenden dargestellt.



Die Neuaufstellung eines qualifizierten Mietspiegels ist vom Gesetzgeber mit besonders hohen qualitativen Anforderungen verknüpft. Um die nötige Präzision des Mietspiegels zu erreichen, wurden im April 2006 20 000 Haushalte angeschrieben. Das sind 7 Prozent der Haushalte, die außerhalb von Heimen, Werkwohnungen usw. wohnen. 43 Prozent dieser Haushalte antworteten.

Von den antwortenden Haushalten wiederum wohnte nur ein Teil zur Miete. Und von diesen Mieterhaushalten war nur ein Teil der Fälle „mietspiegelrelevant“. So muss eine Woh-

nung, um bei der Aufstellung des Mietspiegels berücksichtigt werden zu können, am „freien“ Wohnungsmarkt angemietet worden sein. Das heißt, sie darf nicht sozial gefördert oder zu „Freundschaftspreisen“ von Bekannten/Verwandten gemietet sein. Außerdem muss sie vor weniger als vier Jahren bezogen oder die Miete innerhalb der letzten vier Jahre angepasst worden sein. Nur in diesen Fällen, so die gesetzliche Vermutung, kann auf das aktuell am Markt übliche Mietpreinsniveau zurückgeschlossen werden. Letztlich konnten für die Mietspiegelauflistung 2300 Fälle (1,3 % aller Wohnungen am freien Mietwohnungsmarkt) ausgewertet werden. Bei 47 Prozent der Fälle handelte es sich um in den letzten vier Jahren neu abgeschlossene Mietverträge, bei 53 Prozent um Fälle, in denen Mietpreisanpassungen innerhalb der letzten vier Jahre erfolgt waren.

Geschichtete Stichprobe

Der freie Mietwohnungsmarkt in Stuttgart ist charakterisiert durch eine sehr schiefe Baualtersverteilung der Wohnungen. Etwa die Hälfte aller Mietwohnungen wurde vor 1952 gebaut, nur knapp 9 Prozent dagegen nach 1980. Zöge man eine Stichprobe in reiner Zufallsauswahl, so würden Wohnungen jüngeren Baualters entsprechend schwach in der Stichprobe vertreten sein. Statistisch fundierte Aussagen für die Wohnungen jüngeren Baualters zu treffen, wäre entsprechend erschwert. Deshalb wurde eine geschichtete Stichprobe gezogen. Dazu wurden zunächst Baualtersschichten gebildet, die immer fünf Baujahre umfassten. Anschließend wurden aus jeder dieser Schichten per Zufallsverfahren gleich viele Wohnungen in die Stichprobe aufgenommen. Im Rücklauf zeigte sich der Effekt der Schichtung: Die Wohnungen waren hinsichtlich ihres Baualters annähernd gleich verteilt.

Gründe für Änderungen im Mietspiegelkonzept

Die gleichmäßige Repräsentanz junger und alter Wohnungen in der Auswertung diente zum einen dazu, den Baujahreffekt auf den Mietpreis möglichst exakt berechnen zu können. Gleichzeitig ging es aber darum, den Baujahreffekt in seiner preislichen Wirkung auf das nötigste zu begrenzen. Im Vordergrund sollte die Erklärung der Miethöhenunterschiede durch Ausstattungsunterschiede stehen. Lediglich der anderweitig nicht erklärbare Rest sollte durch den Preisfaktor „Baujahr“ erklärt werden. Dies hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen wird ein Haushalt, der eine Mietwohnung sucht, sich sehr wahrscheinlich an der Wohnungsgröße, der angestrebten Ausstattung (Quantität und Qualität) und Lage einer Wohnung orientieren. Das Baualter wird für sich genommen eine nachrangige Bedeutung bei der Wohnungssuche spielen. Zum anderen lässt die steigende Zahl von Modernisierungen das Baujahr einer Wohnung als zunehmend fraglichen Mietpreisindikator erscheinen. Modernisierungen wurden im bisherigen Mietspiegelkonzept als das Baujahr verjüngend angesehen. Die methodische Hauptschwierigkeit dieser Sichtweise besteht darin, dass das Ausmaß dieser „Verjüngung“ in einer Mieterbefragung nur schwer erhoben werden kann, wenn als Indikatoren dafür der Modernisierungsaufwand auf Vermieterseite und das dem Mieter oft unbekannte Modernisierungsjahr herangezogen werden. Weitaus günstiger ist es, Modernisierungen als die Ausstattung einer Wohnung verbessernd anzusehen. Maßgeblich für die preisliche Einstufung modernisierter Wohnungen ist dann aber nicht mehr das Jahr der Modernisierung oder die aufgewandte Investitionssumme für die Modernisierung, sondern nur der Ist-Zustand der Ausstattung einer Wohnung. Gerade weil - entgegen dem

bisherigen Mietspiegelkonzept - das Baujahr als Haupterklärungs-faktor für Mietpreisunterschiede ersetzt werden sollte, war es besonders wichtig, über genügend viele auswertbare Fälle von Wohnungen in allen Baualtersjahren zu verfügen.

Neue Kategorien im Mietspiegel

Für die Aufstellung eines „klassischen“ Tabellenmietspiegels, der eine Mindestbesetzung von Wohnungen in jedem Tabellenfeld vorsieht, wäre die Stichprobengröße zu klein gewesen. Deshalb wurde der Mietspiegel mit Hilfe eines Regressionsmodells aufgestellt. Dieses Verfahren bietet die Möglichkeit mit einer relativ kleinen Stichprobe auszukommen. Der Grund hierfür ist, dass die Miethöhe jeden Falles zu einem Teil die Miethöhe jedes anderen miterklärt. Beispielsweise sind sinkende Quadratmetermieten mit steigender Wohnfläche in jedem Baualter und jeder Ausstattungskategorie zwar auf unterschiedlich hohem Mietniveau aber in ähnlicher Weise beobachtbar. Zur Erklärung der Quadratmeter-Mietendegression im Neubau kann in einem Regressionsmodell deshalb auch eine Wohnung im Altbau beitragen. Dies wäre bei einem

Tabelle 1: Unterschiede der Kategorienzahl nach altem und neuem Mietspiegelkonzept

Kategorie	Letzter Mietspiegel (gültig: 2005/2006)	Aktueller Mietspiegel (gültig: 2007/2008)
Baujahr	5	4
Ausstattung	1-3 *	3-5 *
Fläche	3	5
Lage	4	3

* je nach Baujahrsklasse

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KofuInS

„klassischen“ Tabellenmietspiegelkonzept nicht möglich gewesen.

Die Übersicht über die ortsüblichen Vergleichsmieten im Mietspiegel 2007/2008 präsentiert sich aber nach wie vor in Tabellenform (die Regressionsergebnisse werden also tabelliert wiedergegeben). Die Struktur der Tabelle wurde jedoch verändert. Im Mietspiegel 2007/2008 wurde gegenüber seinem Vorgänger die Zahl der Baujahrsklassen um eine reduziert und die Zahl der Ausstattungskategorien um bis zu 3 erhöht (vgl. auch die Tabelle 1). Um die Präzision des Mietspiegels weiter zu steigern, erfolgte eine Anpassung

auch der Lage- und Flächenkategorien. Durch eine stärkere Flächendifferenzierung konnte der Zusammenhang zwischen steigender Wohnfläche und abnehmender Quadratmetermiete genauer abgebildet werden. Die Zahl der Lagekategorien wurde von vier auf drei gesenkt, weil die Wohnlage aufgrund individuell sehr verschiedener Ansprüche an das Wohnumfeld nur eine vergleichsweise schwache Preiswirkung hat. Insgesamt hat sich die Zahl der Tabellenfelder von 90 beim letzten Mietspiegel auf 240 mehr als verdoppelt. Dafür wurde aber auf die im früheren Mietspiegelkonzept möglichen Interpolationen - etwa einer Durchschnitts-

5

Abbildung 1: Vergleich der Mietspiegeltabellen des letzten (links) und des aktuellen (rechts) Mietspiegels

Die Abbildung zeigt drei Tabellen für Stuttgart, die die Ortsüblichen Vergleichsmieten in €/m² für Wohnungen darstellen. Die linke Seite zeigt die Tabellen für den letzten Mietspiegel (2005/2006), die rechte Seite die Tabellen für den aktuellen Mietspiegel (2007/2008).

STUFGART **Mietspiegel 2005/2006 der Landeshauptstadt Stuttgart**

Ortsübliche monatliche Vergleichsmieten in €/m² für Wohnungen

Lage	Größe	Baujahr bis 1950		
		einfache Ausstattung	mittlere Ausstattung	gute Ausstattung
einfache	40* bis 60 m²	5,10 bis 6,10	5,80 bis 6,80	6,35 bis 7,35
	61 bis 90 m²	5,00 bis 5,80	5,60 bis 6,60	6,10 bis 7,10
	über 90 m²	4,95 bis 4,95	5,10 bis 6,00	5,65 bis 6,45
mittlere	40* bis 60 m²	5,25 bis 6,25	6,25 bis 7,15	6,75 bis 7,55
	61 bis 90 m²	5,05 bis 5,85	5,65 bis 6,65	6,50 bis 7,30
	über 90 m²	4,80 bis 5,40	5,10 bis 6,00	5,10 bis 6,80
gute	40* bis 60 m²	5,30 bis 6,40	6,40 bis 7,30	6,90 bis 7,70
	61 bis 90 m²	5,10 bis 5,90	6,00 bis 6,80	6,65 bis 7,45
	über 90 m²	4,85 bis 5,55	5,40 bis 6,20	6,25 bis 7,05
bester	40* bis 60 m²	5,95 bis 6,85	6,60 bis 7,50	7,30 bis 8,10
	61 bis 90 m²	5,60 bis 6,30	6,30 bis 7,10	7,05 bis 7,75
	über 90 m²	5,15 bis 5,90	6,00 bis 6,70	6,75 bis 7,45

STUFGART **Mietspiegel 2007/2008 der Landeshauptstadt Stuttgart**

Ortsübliche Vergleichsmieten in €/m²

Ausstattung	Lage	Wohnfläche				
		30 bis unter 40 m²	40 bis unter 50 m²	50 bis unter 60 m²	60 bis unter 70 m²	70 m² und mehr
sehr einfach	mit Nachteilen	5,60 bis 7,10	5,20 bis 6,70	4,90 bis 6,20	4,60 bis 5,90	4,40 bis 5,60
	durchschnittlich	5,80 bis 7,40	5,40 bis 6,90	5,10 bis 6,50	4,80 bis 6,20	4,60 bis 5,90
	mit Vorteilen	6,00 bis 7,70	5,70 bis 7,20	5,30 bis 6,80	5,10 bis 6,40	4,80 bis 6,10
einfach	mit Nachteilen	6,10 bis 7,70	5,70 bis 7,20	5,40 bis 6,80	5,10 bis 6,50	4,80 bis 6,20
	durchschnittlich	6,30 bis 8,00	5,90 bis 7,50	5,60 bis 7,10	5,30 bis 6,70	5,10 bis 6,40
	mit Vorteilen	6,50 bis 8,20	6,10 bis 7,60	5,80 bis 7,40	5,50 bis 7,00	5,30 bis 6,70
durchschnittlich	mit Nachteilen	6,50 bis 8,30	6,10 bis 7,80	5,80 bis 7,40	5,50 bis 7,00	5,30 bis 6,70
	durchschnittlich	6,70 bis 8,50	6,30 bis 8,10	6,00 bis 7,70	5,70 bis 7,30	5,50 bis 7,20
	mit Vorteilen	6,90 bis 8,80	6,60 bis 8,30	6,20 bis 7,90	5,90 bis 7,60	5,70 bis 7,30
gut	mit Nachteilen	6,90 bis 8,80	6,60 bis 8,40	6,30 bis 8,00	6,00 bis 7,60	5,70 bis 7,30
	durchschnittlich	7,20 bis 9,10	6,90 bis 8,60	6,50 bis 8,20	6,20 bis 7,90	5,90 bis 7,60
	mit Vorteilen	7,40 bis 9,40	7,00 bis 8,90	6,70 bis 8,50	6,40 bis 8,10	6,20 bis 7,80
sehr gut	mit Nachteilen	7,40 bis 9,40	7,00 bis 8,90	6,70 bis 8,50	6,40 bis 8,20	6,20 bis 7,90
	durchschnittlich	7,60 bis 9,70	7,20 bis 9,20	6,90 bis 8,80	6,60 bis 8,40	6,40 bis 8,10
	mit Vorteilen	7,80 bis 10,00	7,50 bis 9,50	7,10 bis 9,10	6,80 bis 8,70	6,60 bis 8,40

STUFGART **Mietspiegel 2007/2008 der Landeshauptstadt Stuttgart**

Ortsübliche Vergleichsmieten in €/m²

Ausstattung	Lage	Wohnfläche				
		30 bis unter 40 m²	40 bis unter 50 m²	50 bis unter 60 m²	60 bis unter 70 m²	70 m² und mehr
einfach	mit Nachteilen	7,20 bis 10,00	7,50 bis 9,50	7,10 bis 9,10	6,90 bis 8,70	6,60 bis 8,40
	durchschnittlich	8,50 bis 10,20	7,70 bis 9,80	7,30 bis 9,40	7,10 bis 9,00	6,80 bis 8,70
	mit Vorteilen	8,30 bis 10,50	7,90 bis 10,00	7,60 bis 9,60	7,30 bis 9,30	7,00 bis 9,00
gut	mit Nachteilen	8,30 bis 10,50	7,90 bis 10,10	7,60 bis 9,60	7,30 bis 9,30	7,10 bis 9,00
	durchschnittlich	8,50 bis 10,80	8,10 bis 10,30	7,80 bis 9,90	7,50 bis 9,60	7,30 bis 9,30
	mit Vorteilen	8,70 bis 11,10	8,30 bis 10,60	8,00 bis 10,10	7,70 bis 9,80	7,50 bis 9,50
sehr gut	mit Nachteilen	8,70 bis 10,50	7,90 bis 10,10	7,60 bis 9,30	7,30 bis 9,30	7,10 bis 9,00
	durchschnittlich	8,90 bis 11,40	8,60 bis 10,80	8,30 bis 10,20	8,00 bis 10,10	7,70 bis 9,80
	mit Vorteilen	9,20 bis 11,70	8,90 bis 11,20	8,50 bis 10,80	8,20 bis 10,40	7,90 bis 10,10

STUFGART **Mietspiegel 2007/2008 der Landeshauptstadt Stuttgart**

Ortsübliche Vergleichsmieten in €/m²

Ausstattung	Lage	Wohnfläche				
		30 bis unter 40 m²	40 bis unter 50 m²	50 bis unter 60 m²	60 bis unter 70 m²	70 m² und mehr
einfach	mit Nachteilen	7,20 bis 10,00	7,50 bis 9,50	7,10 bis 9,10	6,90 bis 8,70	6,60 bis 8,40
	durchschnittlich	8,50 bis 10,20	7,70 bis 9,80	7,30 bis 9,40	7,10 bis 9,00	6,80 bis 8,70
	mit Vorteilen	8,30 bis 10,50	7,90 bis 10,00	7,60 bis 9,60	7,30 bis 9,30	7,00 bis 9,00
gut	mit Nachteilen	8,30 bis 10,50	7,90 bis 10,10	7,60 bis 9,60	7,30 bis 9,30	7,10 bis 9,00
	durchschnittlich	8,50 bis 10,80	8,10 bis 10,30	7,80 bis 9,90	7,50 bis 9,60	7,30 bis 9,30
	mit Vorteilen	8,70 bis 11,10	8,30 bis 10,60	8,00 bis 10,20	7,70 bis 9,80	7,50 bis 9,50
sehr gut	mit Nachteilen	8,70 bis 11,10	8,40 bis 10,60	8,00 bis 10,20	7,70 bis 9,80	7,50 bis 9,50
	durchschnittlich	8,90 bis 11,40	8,60 bis 10,80	8,30 bis 10,50	8,00 bis 10,10	7,70 bis 9,80
	mit Vorteilen	9,20 bis 11,70	8,90 bis 11,20	8,50 bis 10,80	8,20 bis 10,40	7,90 bis 10,10

* Die Mieten für abgeschlossene Kleinwohnungen unter 40 m² Wohnfläche können über dem jeweiligen Tabellenwert liegen. Der Zuschlag beträgt 2,5 % bei 39 m² Wohnfläche und erhöht sich um jeweils 2,5 Prozentpunkte pro Quadratmeter geringerer Wohnfläche (5 % bei 38 m², 7,5 % bei 37 m² und so weiter). Der maximale Zuschlag beträgt 40 %.

** Für die Baubehringruppe ab Mai 2006 liegen keine Werte vor. Der Mietspiegel weist für diese Wohnungen daher keine Vergleichsmietwert aus.

Um eine Wohnung sachgerecht in eine Ausstattungs- und Lagekategorie einzufordern, muss die Anlehnung im Mietspiegeltaxt herangezogen werden.

preisbildung benachbart liegender Tabellenfelder, wenn sich die Parameter einer Wohnung einer Kategorien-grenze näherten oder Verschiebungen von Wohnungen in jüngere Baujahrs-klassen bei Modernisierungen - ver-zichtet. Für die meisten Wohnungen (seltene Ausnahme: neubaugleiche Modernisierungen) kann die ortsübli-che Miethöhe direkt in der Mietspie-geltabelle abgelesen werden.

Mietspiegelpreisniveau

Für alle Mietwohnungen des freien Wohnungsmarktes insgesamt stieg das Mietspiegelpreisniveau in Stutt-gart in den letzten zwei Jahren + 3,8 Prozent also im Rahmen der all-gemeinen Preisentwicklung im Land Baden-Württemberg (+ 3,6 %) an. Da in diesem Zeitraum im Land insgesamt die Mietpreisentwicklung (+ 2,3 %) unterhalb des allgemeinen Preisan-stiegs lag, präsentierte sich damit der Stuttgarter Mietmarkt etwas ange-spannter als im Land insgesamt. Die medianen Durchschnittsmieten je Quadratmeter und medianen Ge-samtmiethöhen (jeweils Netto-Kalt-miete) sind in Tabelle 2 differenziert nach den Flächenkategorien im Miet-spiegel 2007/2008 zusammengefasst. Dass die mediane Miethöhe bei größeren Wohnungen über 70 qm wieder ansteigt, ist nicht Folge einer Marktenge in diesem Segment, son-dern einer im Schnitt besseren Aus-stattung großflächiger Wohnungen gegenüber kleineren Wohnungen.

Einschätzung der Höhe der Miete

Die angeschriebenen Mieterhaushalte wurden nach der Einschätzung der Höhe ihrer Miete gefragt. Die Hälfte der Mieterhaushalte mit einer Woh-

nung im freien Wohnungsmarkt stuf-te die Wohnungsmiete als angemes-sen ein. 45 Prozent empfand sie als hoch, 5 Prozent als niedrig. Es war festzustellen, dass Mieterhaushalte ihre Mietzahlungen in der Tendenz dann als hoch empfanden, wenn sie

in einer großflächigen Wohnung wohnten oder in einer Wohnung jün-geren Baujahrs. Die Zufriedenheit mit der Höhe der Miete war tendenziell in gut ausgestatteten Altbauwohnun-gen in begünstigter Lage am höchst-en.

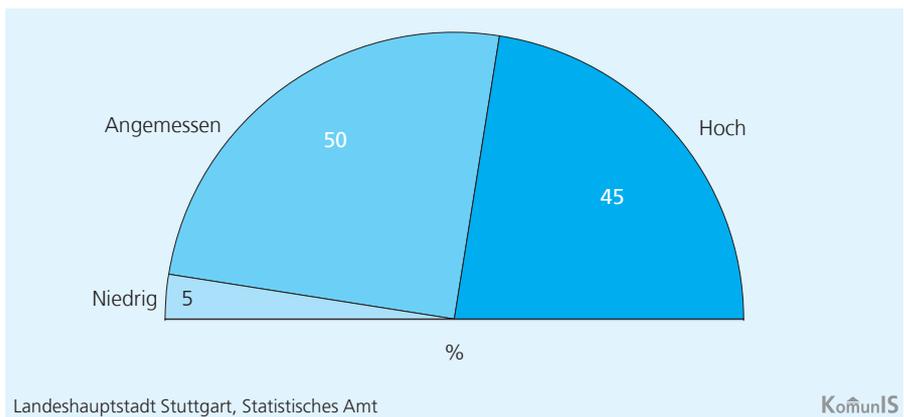
Tabelle 2: Median der Mietpreise nach Flächen der Wohnung im April 2006

Flächenkategorien	Median der Nettokaltmiete in € pro qm im April 2006*	Median der Gesamtnettokaltmiete in € im April 2006*	Anteil** der Wohnungen im freien Wohnungsmarkt (%)
30 bis unter 40 qm	8,00	280	5
40 bis unter 50 qm	7,05	320	10
50 bis unter 60 qm	6,95	380	17
60 bis unter 70 qm	6,45	410	19
70 qm und mehr	6,55	540	49
Insgesamt	6,80	460	100

* Interpretation: 50 % der Mieterhaushalte zahlen weniger, 50 % mehr Nettokaltmiete
 ** die Wohnungen mit weniger als 30 qm Wohnfläche sind hier nicht berücksichtigt

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KofuunIS

Abbildung 2: Einschätzung des Mietniveaus von Mieterhaushalten in Wohnungen des freien Wohnungsmarktes



Thomas Schwarz

Wechselwahlverhalten und Einfluss der Politikebene auf die Wahlentscheidungen bei der Landtagswahl 2006 in Stuttgart

Veränderungen der Stimmenanteile hauptsächlich durch Parteiwechsel verursacht

Die Veränderungen der Stimmenanteile der Parteien zwischen zwei Wahlen können durch demographisch bedingte Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft oder durch Schwankungen in der Wahlbeteiligung, also in der Mobilisierung verursacht sein. Die größte Bedeutung hat freilich der Einfluss des direkten Wechsels zwischen Parteien. Die Stimmen der Wechselwähler zählen praktisch doppelt, und zwar bringen sie der verlassenen Partei einen Stimmenverlust und der jetzt gewählten Partei einen Gewinn. Daher spielen Wechselwähler in den Kalkülen der politischen Parteien eine herausgehobene Rolle.¹

Die Wahlforschung erklärt Wechselwahl heute als eine Entscheidung der Wähler, die wenigstens zum Teil als Reaktion auf das politische Angebot und damit als Urteil über das Handeln der politischen Elite zustande kommt.¹

Messung der Volatilität mit Aggregatdaten

Volatilitätsindex zur Messung von Wechselwahlverhalten bei Aggregatdaten

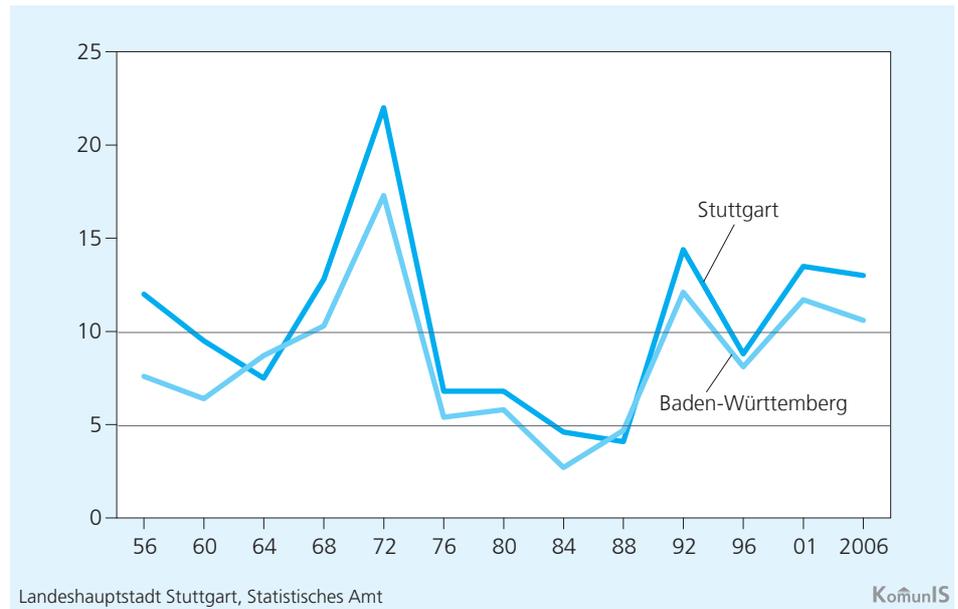
Eine Möglichkeit, wechselndes Wahlverhalten bei Verwendung von Aggregatdaten zu messen, stellt der Volatilitätsindex² (Pedersen-Index) dar. Dabei können allerdings nur Aggregatverschiebungen in Form der Salden der Wanderungsbewegungen, nicht jedoch der Umfang der direkten Wählerbewegungen zwischen den Parteien beschrieben werden.¹ Der Volatilitätsindex zeigt so das Ausmaß der Wechselwahl und bildet auf der Zeitachse die Veränderungen im Parteiensystem hinsichtlich dieses Phänomens ab.

Seit 90er-Jahren wieder stark erhöhte Wechselwahlbereitschaft bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Stuttgart

Der Volatilitätsindex bei Landtagswahlen bewegte sich in Stuttgart und im Land in den 60er-Jahren und zwischen den Landtagswahlen 1970 und 1988 im Bereich von 5 bis 10. Dabei bedeutet ein Indexwert von 0 vollständige Stabilität; je größer der Wert ausfällt, desto intensivere Stimmenverschiebungen fanden statt. Den bislang mit Abstand höchsten Indexwert erbrachte die Landtagswahl 1972 (die CDU holte mit Hans Filbinger erstmals die absolute Mehrheit und auch die SPD verbesserte sich stark). Niedrige Volatilitätswerte traten bei den Landtagswahlen von 1976 bis 1988 auf (vgl. Abbildung 1). Seit den 90er-Jahren indes zeigt sich, im Vergleich dazu, eine insgesamt etwa doppelt so hohe Volatilität.

Von nur zwei Ausnahmen (Landtagswahlen 1964, 1988) abgesehen, war die Volatilität Stuttgarts stets höher als die in Baden-Württemberg insgesamt ausgeprägt. Bemerkenswert ist auch, dass sich bei den beiden letzten Landtagswahlen 2001 und 2006 die Volatilitätsunterschiede zwischen Stuttgart und Baden-Württemberg vergrößerten.

Abbildung 1: Volatilität bei Landtagswahlen in Stuttgart und in Baden-Württemberg 1956 bis 2006



Messung von Wechselwahlverhalten mit Hilfe von Individualdaten

Mittels Rückerinnerungsfrage oder Panelmethode kann Wechselwahlverhalten erfragt werden

Erfasst man das individuelle Wechselwahlverhalten mit Hilfe von Individualdaten, werden in der Regel die Rückerinnerungs- (Recall) und die Panelmethode eingesetzt. Im ersten Fall werden die Befragten im Interview um eine Auskunft über ihr aktuelles und ihr Wahlverhalten bei der zurückliegenden Wahl gebeten, im zweiten Fall werden die jeweils selben Personen zum Zeitpunkt der ersten und der zweiten Wahl jeweils nach ihrem aktuellen Wahlverhalten gefragt.¹

Eine weitere, auch bei der Stuttgarter Wahltagsbefragung angewandte Möglichkeit ist, die Interviewten direkt zu befragen, ob sie seit Jahren im Allgemeinen immer die gleiche Partei wählen oder ob sie gelegentlich auch einmal abwechseln. Bei dieser Fragestellung lässt sich natürlich das ambitionierende Ziel der Bestimmung der Wählerströme nicht erreichen. Die Frage ermöglicht aber immerhin eine Einschätzung des Ausmaßes des Wechselwählens.

Die Entwicklung des Phänomens Wechselwahl im Spiegel der Wahlforschung

Wechselwahlbereitschaft generell deutlich gestiegen

Die Bereitschaft zum Parteiwechsel ist, wie in zahlreichen Wahlforschungsarbeiten immer wieder nachgewiesen wird, in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Eine wachsende Zahl von Wählern wechselt von einer Wahlperiode zur anderen die Parteipräferenz; dies lässt sich zwar seit langem beobachten, in den letzten Jahren hat sich dieser Trend aber verstärkt. Ist der Trend als solcher in der Wahlforschung generell unstrittig, wird nur das Ausmaß der Veränderungen, auch in Abhängigkeit von der Erhebungstechnik, unterschiedlich quantifiziert. In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung auf der Basis der Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 wird aufgezeigt, dass der Anteil der Stammwähler von CDU/CSU und SPD bei knapp 30 Prozent der Westdeutschen stagniert, während gleichzeitig der Anteil der parteipolitisch Ungebundenen in Westdeutschland von 23 (1994) auf 27 Prozent (2002) gestiegen ist.³

Wenige Wähler fühlen sich heute eng an eine Partei gebunden

In einer Langzeitstudie zur Parteibindung, die im wesentlichen auf den Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen beruht, wird nachgewiesen, dass sich in den 60er-Jahren nur knapp 5 Prozent der Wahlberechtigten Westdeutschlands, Anfang der 80er-Jahre rund 15 Prozent, Anfang der 90er-Jahre rund 25 Prozent und 2002 etwa 33 Prozent nicht an eine politische Partei gebunden sahen.⁴

Das bei Infratest dimap praktizierte Verfahren⁵ ergibt indessen eine dramatische Veränderung der Parteibindungen: Danach erhöhte sich der Anteil der Wahlberechtigten in Deutschland, der parteipolitisch ungebunden ist, von 22 Prozent 1990 auf 47 Prozent 2001.⁶

Wechselwähler bei der Landtagswahl 2006

28 % der Baden-Württemberger gaben an, dass für sie eine langfristige Parteibindung bei der Stimmabgabe am wichtigsten war

Von den am Wahltag der Landtagswahl 2006 stattfindenden Nachwahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute hat nur Infratest dimap (zwei) Fragen nach der Wechselwahl eingebaut. Dabei gaben bei der Frage nach dem Zeitpunkt der Wahlentscheidung 17 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg an⁷, dass sie immer dieselbe Partei wählen. Weitere 33 Prozent kreuzten „schon vor längerer Zeit“ an, was, wenn auch sehr bedingt, den Schluss zulässt, dass diese Wähler als eher weniger wechselbereit einzustufen wären. In einer anderen Frage nach der Wahlmotivation kreuzten 28 Prozent der Befragten im Land an, dass für sie die langfristige Bindung an ihre Partei bei der Stimmabgabe am Wichtigsten war.⁸

Mit diesen Fragestellungen kann weder eine direkte Verbindungslinie zu den erwähnten Fragen zur Parteibindung bzw. Parteiidentifikation bundesweiter Studien hergestellt werden, noch ist ein unmittelbarer Vergleich mit der Art der Fragestellung der Stuttgarter Wahltagsbefragung zulässig. Als ergänzende Erkenntnis zum Wahlverhalten sind diese Ergebnisse aber dennoch von Interesse.

Stammwähler und Wechselwähler in Stuttgart

Bei der ersten Stuttgarter Wahltag-Befragung bei einer Landtagswahl⁹ wurde die Frage nach dem Wechselwahlverhalten ohne jegliche weitere zusätzlichen Faktoren (z. B. Kandidaten, Sachfragen) unmittelbar abgefragt.¹⁰ Damit lässt sich das Ausmaß und die Wirkung von Parteibindungen in einer Form ermitteln, wie es dem Stand der wissenschaftlichen Wahlforschung entspricht, nach der die Parteibindung der Wahrnehmung und Bewertung von Kandidaten und Sachfragen als vorgelagerte Größe verstanden wird.¹¹

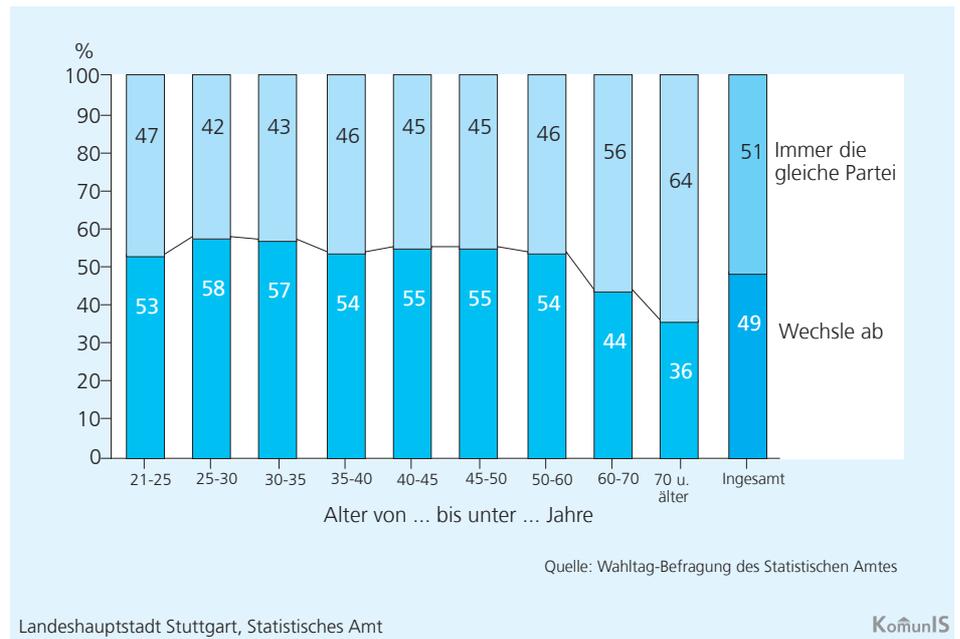
51 % der Stuttgarter Wähler erklärten, dass sie immer die gleiche Partei wählen würden

Wie sehen die Ergebnisse aus? Die Stuttgarter Wählerschaft bei dieser Landtagswahl lässt sich in zwei fast gleich starke Hälften aufteilen. 51 Prozent erklärten, dass sie immer die gleiche Partei wählen würden und 49 Prozent gaben an, bei der Stimmabgabe abzuwechseln.¹²

Je älter die Wähler, desto geringer ist der Wechselwähleranteil

Wie variieren diese Anteile nach den unterschiedlichen Altersklassen? Der Anteil der Wechselwähler ist bei den jüngeren Wählern (von 25 bis unter 35 Jahren) am höchsten (58 bzw. 57 %) und pendelt sich bei den Wählern in den mittleren Altersklassen von 35 bis unter 60 Jahre bei 54 bis 55 Prozent ein. Deutlich niedriger ist der Anteil flexibler Wähler bei den Senioren; bei den „jungen Alten“ von 60 bis unter 70 Jahre beträgt er 44 Prozent, bei den „alten Alten“ ab 70 Jahre nur 36 Prozent (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Parteibindung bei der Landtagswahl 2006 in Stuttgart nach Altersklassen



Einfluss der Politikebene und des Wahlkreiskandidaten auf die Wahlentscheidung

6 % der Stuttgarter Wähler orientierten sich bei der Stimmabgabe am Wahlkreiskandidaten

Ein weiterer interessanter Aspekt des Stimmabgabeverhaltens ist die Frage, welchen Einfluss die Politikebene und der Wahlkreiskandidat auf die Wahlentscheidung¹³ haben. Bei einer Einstimmenwahl wie der baden-württembergischen Landtagswahl kann man bei der Stimmabgabe nicht zwischen der Partei und der Person des Wahlkreiskandidaten/der Wahlkreiskandidatin unterscheiden.

Im Durchschnitt aller Befragten, im wesentlichen unabhängig vom Alter, gaben 6 Prozent an, dass sie ihre Stimmabgabe wegen des Wahlkreiskandidaten tätigten. Bei den SPD-Wählern war dieser Anteil mit 9,3 Prozent der höchste (vgl. Abbildung 3) und fast rund drei Mal so hoch wie bei CDU-Anhängern (3,6 %).

Landespolitik war für die Stimmabgabe die entscheidende Politikebene

Die dominante Politikebene für die Wahlentscheidung ist eindeutig die Landespolitik in Baden-Württemberg. Für praktisch zwei Drittel der Befragten (65 %) in Stuttgart war dies der Maßstab bei der Stimmabgabe. Knapp 30 Prozent der Wähler (29 %) orientierten sich demgegenüber an der Bundespolitik. Zur Orientierung: In der für Baden-Württemberg repräsentativen Umfrage vor der Wahl von Infratest dimap sagten 55 Prozent, dass für sie die Landespolitik und 29 Prozent die Bundespolitik entscheidend seien bei der Wahl, 15 Prozent stufte beide Politikebenen als gleich wichtig ein.¹⁴

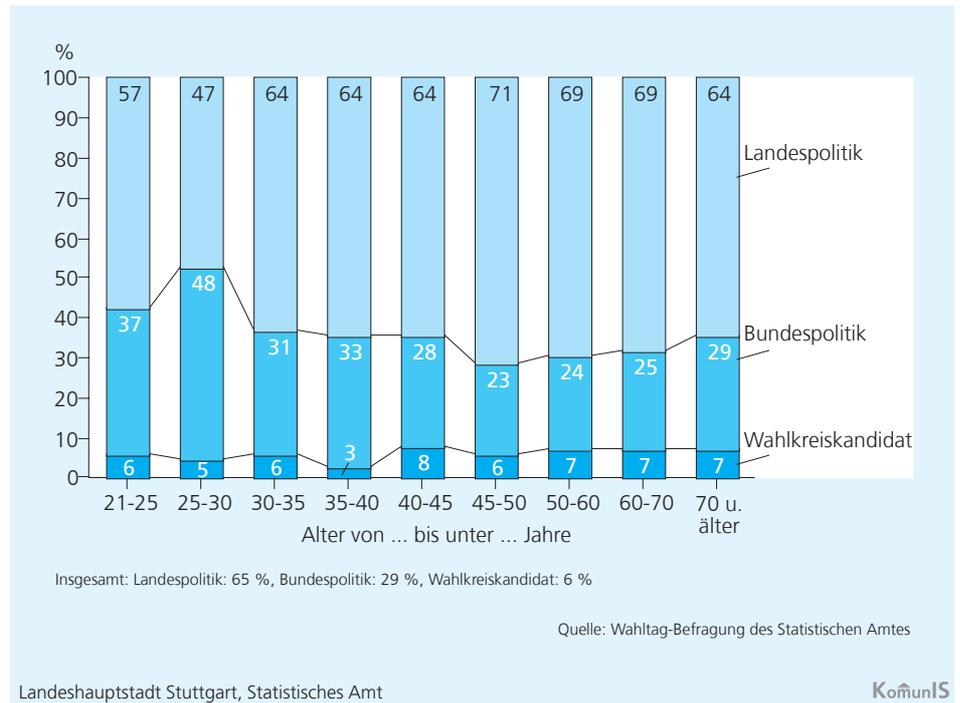
Am stärksten orientierten sich CDU-Wähler an der Landespolitik

Nach Parteien differenziert lassen sich die Ergebnisse der Stuttgarter Wahltag-Befragung so zusammenfassen: Die höchste landespolitische Orientierung wiesen die CDU-Wähler auf, bei denen 73 Prozent die Landespolitik im Land bei der Stimmabgabe vor Augen hatten. Einen relativ hohen landespolitischen Bezug (70 %) machten auch die FDP-Wähler bei ihrer Stimmabgabe für diese Partei geltend (vgl. Abbildung 3).

Bei SPD-Wählern spielte Bundespolitik relativ starke Rolle bei der Stimmabgabe

Auffallend geringer war der Anteil der Wähler der SPD (59 %), der bei der Wahl die Landespolitik als für die Stimmabgabe entscheidend bezeichnete. Für fast ein Drittel der SPD-Wähler (32 %) spielte dafür die bundespolitische Stimmungslage eine maßgebliche Rolle, während dies nur bei 24 Prozent der CDU-Wähler der Fall war. Erwartungsgemäß hoch war die Bedeutung bundespolitischer Themen für die Anhänger der WASG (73 %).

Abbildung 3: Einfluss der Politikebene auf die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2006 in Stuttgart nach Altersklassen



- 1 Schoen, Harald: Wechselwahl, in: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 367-386.
- 2 $V = \frac{\sum |p_i - P_i|}{\sum p_i}$; ein V-Wert = 0 bedeutet eine vollständige Stabilität; V-Werte > 0 zeigen Stimmenverschiebungen an.
- 3 vgl. Eith, Ulrich: Parteibindungen in Deutschland. Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Arbeitspapier/Dokumentation Nr. 146/2005 (www. Wahlen.KAS.de), S. 6 – 9. Die Parteibindung wurde wie folgt erhoben: „Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“
- 4 Ohr, Dieter; Quandt, Markus; Dülmer, Hermann: Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler, in: Falter, Jürgen W.; Gabriel, Oskar W.; Weißels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 435-458, oder: Schoen, Harald; Weins, Cornelia: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wählerverhalten, in: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 187-241.
- 5 Dabei können die Befragten durch Selbsteinschätzung bewerten, ob für Ihre Wahl eher langfristige Parteibindungen, die zur Wahl stehenden Kandidaten oder die Problemlösungskompetenz der Parteien in wichtigen Sachfragen ausschlaggebend sind.
- 6 Hilmer, Richard: Wer gewinnt die Bundestagswahl? Lang- und kurzfristige Trends im Wahlverhalten in Deutschland, in: Bundestagswahlen in Deutschland. Parteien – Wähler – Wahlkampfstrategien. Landeszentrale für polit. Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Bürger im Staat, Heft 1/2/2002; S. 5.
- 7 „Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl getroffen?“ Weitere Ergebnisse: Am Wahltag: 17 %; während der letzten Tage: 16 %; in den letzten Wochen: 16 %; vgl. Wahlreport Landtagswahl Baden-Württemberg am 26. März 2006, Infratest dimap Berlin 2006, S. 54.
- 8 „Und was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten?“ Weitere Ergebnisse: Spitzenkandidat dieser Partei: 20 %; Lösungsvorschläge dieser Partei zu Sachfragen: 47 %; vgl. Wahlreport Landtagswahl Baden-Württemberg am 26. März 2006. 2006, Infratest dimap, Berlin 2006, S. 51.
- 9 Die erste Wahltag-Befragung wurde bei der Bundestagswahl 2005 durchgeführt; dabei wurde aber keine Frage zum Wechselwahlverhalten gestellt.
- 10 „Wählen Sie seit Jahren im Allgemeinen die gleiche Partei, oder wechseln Sie manchmal ab?“
- 11 Eith, Ulrich: Parteibindungen in Deutschland – Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2005, S. 7.
- 12 Herausgerechnet wurden die Befragten, die angaben, zum ersten Mal gewählt zu haben.
- 13 Die Frage der Stuttgarter Wahltag-Befragung lautete: „Was spielte bei Ihrer Wahlentscheidung die größte Rolle?“. Antwortmöglichkeiten: Landespolitik in Baden-Württemberg, Bundespolitik, Wahlkreiskandidat/in.
- 14 Wahlreport Landtagswahl in Baden-Württemberg am 26. März 2006, Infratest dimap, Berlin 2006, S. 83.

Jochen Gieck, Ulrich Stein

Fahrtzeiten mit dem ÖPNV in die Stuttgarter Innenstadt

Der Stuttgarter Nahverkehr erzielt - wie die Bürgerabfrage 2005 belegt - hohe Zufriedenheitswerte in der Bevölkerung. So waren 83 Prozent der Befragten „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit dem öffentlichen Nahverkehr. Damit belegt der ÖPNV erneut einen Spitzenplatz bei den Zufriedenheitswerten der Lebensbereiche. In eine solche Bewertung aus Bürgersicht fließen, neben subjektiven Eindrücken, indirekt auch verschiedene messbare Werte wie Fahrtzeiten und Zahl der nötigen Umstiege ein. Die nachfolgende Betrachtung der Erreichbarkeit des Stadtzentrums (repräsentiert durch den Stuttgarter Marktplatz) ist ein „Nebenprodukt“ der Aufstellung des neuen Mietspiegels, im Rahmen dessen der Einfluss der ÖPNV-Erreichbarkeit auf die Miethöhe zu untersuchen ist.

Erreichbarkeit der Innenstadt wichtiges Kriterium für Wohnortentscheidung

„Fahrtzeiten“ von Tür zu Tür

Neben der Art der Bebauung, Ruhe des Wohngebiets, Einkaufsmöglichkeiten etc. ist für eine Wohnortentscheidung häufig auch die Erreichbarkeit der Innenstadt ein wichtiges Kriterium. Daher sind in Karte 1 die Fahrtzeiten kartographisch dargestellt, die innerhalb der Stuttgarter Gemarkung an einem Werktag gegen 9 Uhr zum Marktplatz benötigt werden. Als Datengrundlage wurden für die Wohngebäude Stuttgarts die Verbindungszeiten aus dem Internetangebot des Verkehrsverbunds Stuttgart (www.vvs.de) abgerufen. Als „Fahrtzeit“ wird die Gesamtwegezeit von Tür zu Tür, das heißt inklusive der Fußwege zur Haltestelle bzw. von der Haltestelle zum Ziel sowie der teilweise benötigten Umsteigezeiten definiert.

13

Fahrtzeiten zum Marktplatz

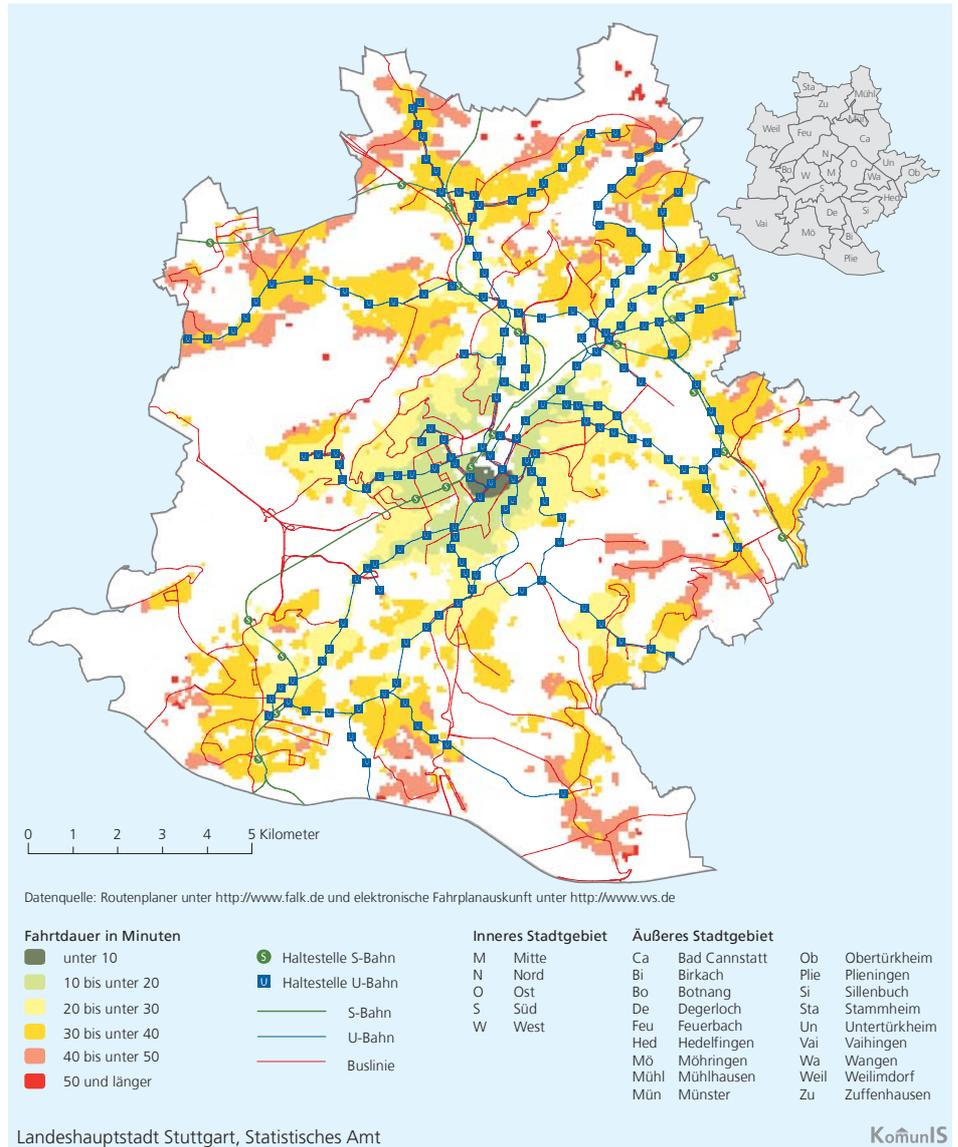
In weniger als 20 Minuten ist der Marktplatz vom Stuttgarter Talkessel und weiten Teilen der Halbhöhenlagen zu erreichen

Dementsprechend ist der Marktplatz vom Stuttgarter Talkessel bis hin zu größeren Teilen der Halbhöhenlagen in weniger als 20 Minuten erreichbar. Dies trifft aber auch auf einzelne weiter entfernte Wohngebiete zu, die in unmittelbarer Nähe zu einer Stadtbahnhaltestelle liegen (z. B. in Bad Cannstatt, Botnang oder Kaltental).

Fahrtzeiten von 20 bis 30 Minuten weisen generell die Wohngebiete auf, die an einer Stadtbahnlinie mit direkter Verbindung in die Innenstadt liegen. So sind große Teile von Botnang und Bad Cannstatt durch die Stadtbahnlinien U4 bzw. U2 gut angebunden. Auch weiter entfernte Wohnlagen wie zum Beispiel um den Bahnhof Untertürkheim (U4) sowie große Teile Sillenbuchs (U7) profitieren mit Fahrtzeiten von unter 30 Minuten von einer direkten Stadtbahnbindung.

Eher peripher gelegene Wohngegenden wie Plieningen, Fasanenhof, Frauenkopf, Lederberg, Giebel, Mühlhausen und Hausen sowie Teile Heumadens und Stammheims weisen wesentlich längere Fahrtzeiten aus, da teilweise keine direkten Verbindungen vorhanden sind. Hier muss mit 40 bis 50 Minuten gerechnet werden, in einzelnen ungünstigen Lagen sogar mit 50 bis 60 Minuten. In der gleichen Zeit wäre es auch möglich zum Beispiel vom Mannheimer Hauptbahnhof (35 Minuten bis Stuttgart Hauptbahnhof und zusätzlich eine Viertelstunde zum Marktplatz), aus Pforzheim, Göppingen oder Schorndorf anzureisen.

Karte 1: Fahrdauer mit dem ÖPNV zur Stadtmitte/Marktplatz



14

Knapp die Hälfte der Bevölkerung kann die Innenstadt in weniger als einer halben Stunde erreichen

Im Folgenden soll nun dargestellt werden, in welchem Umfang die Stuttgarter Bevölkerung von schnellen Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs durch geringe Fahrtzeiten in die Innenstadt profitiert. Dazu wurden die Fahrtzeitdaten des VVS mit den kleinräumigen Daten der Einwohnerstatistik kombiniert. Die Ergebnisse zeigen, dass etwa die Hälfte der Stuttgarter (48 %) in weniger als einer halben Stunde die Innenstadt erreichen kann (vgl. Tabelle 1). Weitere 40 Prozent benötigen zwischen 30 und 39 Minuten. Nur etwa jeder achte Stuttgarter muss für die Wegstrecke mehr als 40 Minuten einplanen.

Tabelle 1: Fahrdauer mit dem ÖPNV zur Stadtmitte/Marktplatz nach Anteil der Bevölkerung

Fahrdauer zum Stuttgarter Marktplatz	Anteil der Stuttgarter Bürger %
1 bis unter 10 Minuten	0,7
10 bis unter 20 Minuten	16,2
20 bis unter 30 Minuten	30,9
30 bis unter 40 Minuten	39,5
40 bis unter 50 Minuten	12,6
50 Minuten und mehr	0,1

80 % der Stuttgarter erreichen den
Marktplatz ohne umzusteigen

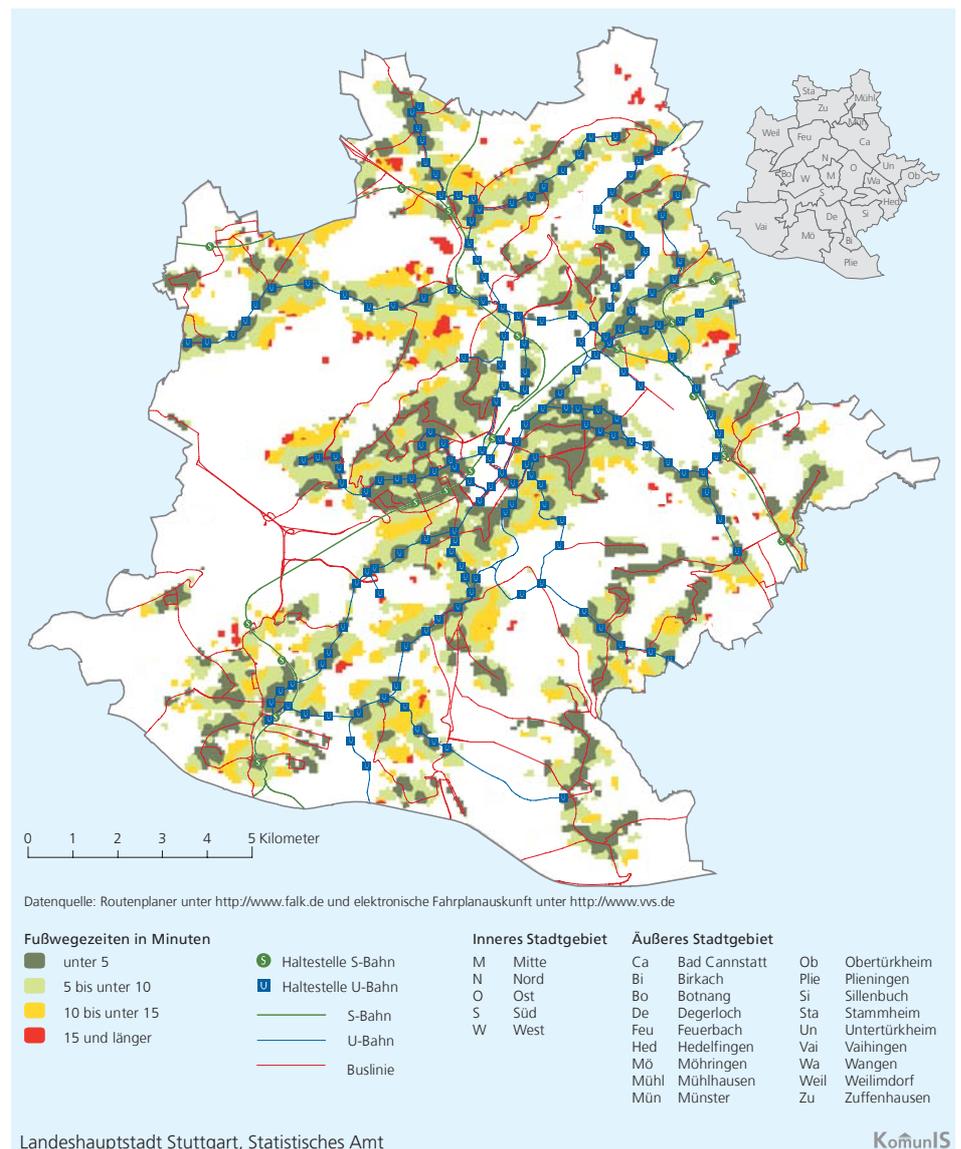
Neben der Fahrtzeit spielt jedoch für eine Fahrtsentscheidung zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs auch der Komfort eine wichtige Rolle. Wie groß ist mein Aufwand im Vergleich zu einer Autofahrt? Muss ich umsteigen, verbunden mit eventuellen Wartezeiten? Deshalb wurde geprüft, wie viele Einwohner ohne umsteigen zu müssen, die Innenstadt erreichen können. Knapp 80 Prozent aller Stuttgarter Bürger erreichen den Marktplatz ohne umzusteigen. Weitere 20 Prozent der Stuttgarter benötigen einen Fahrzeugwechsel und lediglich 0,1 Prozent der Bürger müssen für die Fahrtstrecke zum Marktplatz zwei Mal umsteigen.

Fußwegezeiten zur Haltestelle

Haltestellen sind fußläufig meist in
weniger als 10 Minuten erreichbar

Auch die Fußwegezeit zur nächsten Haltestelle kann ein Hinderungsgrund für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sein. Vor diesem Hintergrund wurden die Fußwegezeiten zur jeweiligen Haltestelle (wenn die Fahrtmöglichkeit mit der geringsten Fahrtdauer gewählt wird) untersucht (vgl. Karte 2). Dabei ist festzustellen, dass Stuttgart mit einem engmaschigen Haltestellennetz überzogen ist. Auch eher abgelegene Stadtteile wie Büsnau, Frauenkopf oder Luginsland verfügen über Haltestellen, die fußläufig meist in weniger als 10 Minuten von der eigenen Wohnung zu erreichen sind.

Karte 2: Fußwegezeiten zur nächstgelegenen Haltestelle



Dennoch gibt es auch Wohngegenden, die einen längeren „Fußmarsch“ von 10 bis 20 Minuten notwendig machen, um an eine Haltestelle zu gelangen. Dies trifft auf Randlagen von Botnang, Möhringen, Zuffenhausen und den Feuerbacher Stadtteil „An der Burg“ sowie den Degerlocher Stadtteil „Waldau“ zu. Auch größere Bereiche des Bad Cannstatter Stadtteils „Im Geiger“ sind weniger gut an das Nahverkehrsnetz angebunden. Insgesamt können jedoch rund 84 Prozent der Bürger in weniger als 10 Minuten eine Haltestelle erreichen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Fußwegezeiten zur nächstgelegenen Haltestelle nach Anteil der Bevölkerung¹

Fußwegezeiten zur nächsten Haltestelle ¹	Anteil der Stuttgarter Bürger
	%
1 bis unter 5 Minuten	37,6
5 bis unter 10 Minuten	46,4
10 bis unter 15 Minuten	14,1
15 Minuten und länger	1,9

¹ bei Wahl der schnellstmöglichen Verbindung, um in die Innenstadt zu kommen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KofuunIS

Insgesamt gesehen sind für einen deutlich überwiegenden Teil der Bevölkerung die Fahrtzeiten und die Wege zur Haltestelle kurz.

Ulrich Stein, Jochen Gieck, Uwe Dreizler

Zur Anbindungsqualität an das ÖPNV-/ das Straßennetz in Stuttgart

Die Gründe, für eine Fahrt alternativ ein Kraftfahrzeug oder den öffentlichen Personennahverkehr („ÖPNV“) zu benutzen, können sehr vielschichtig sein. Im Folgenden wird ein vereinfachter Ansatz gewählt, um zu ermitteln, in welchen Gebieten Stuttgarts der motorisierte Individualverkehr („MIV“) und in welchen der ÖPNV eine relativ günstige Anbindung aufweist. Diese Analyse ist ein „Nebenprodukt“ der Mietspiegelaufstellung 2007/2008. Dabei wird der Einfluss der Verkehrsanbindung auf die Wohnlagequalität und letztlich das Mietpreinsniveau untersucht.

Bei der Entscheidung für oder gegen eine Verkehrsmittel-Alternative sind die jeweiligen Kosten der Alternative entscheidend (Kosten im weiten Sinne: Komfortaspekte, finanzieller und Zeitaufwand). Diese Aufwandseinschätzungen werden sehr individuell und zum Teil schwer bzw. nicht beobachtbar vorgenommen. Auch gibt es theoretisch 3,6 Milliarden mögliche Verbindungen (von Adresse nach Adresse) in Stuttgart, wobei nur ein verschwindender Bruchteil aller möglichen Verbindungen für den Einzelnen jemals relevant wird.

Fahrtzeiten wurden von jeder Adresse aus zum repräsentativen Ziel „Marktplatz“ ermittelt

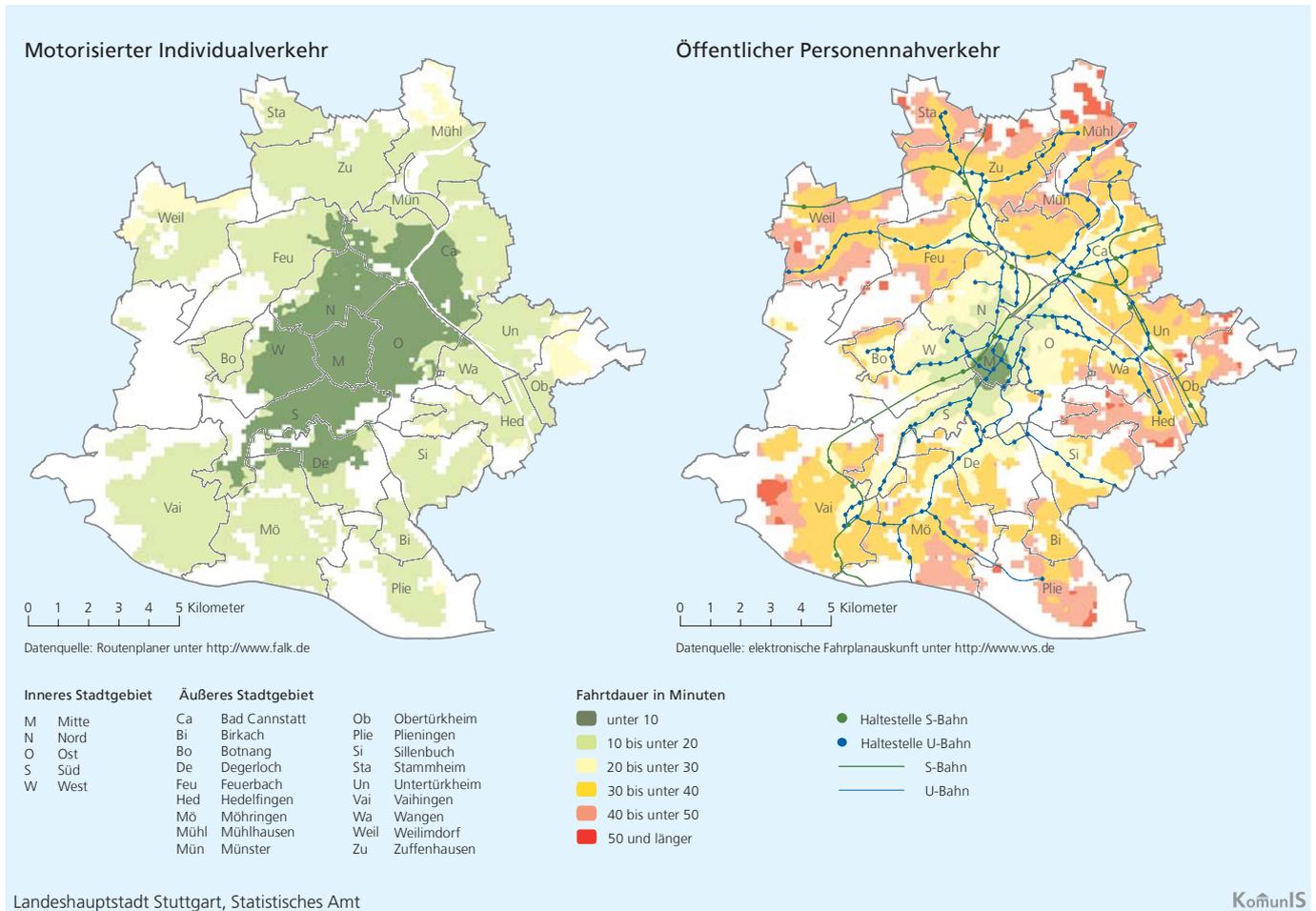
Deshalb wird stellvertretend für andere Fahrtziele und Kostenkomponenten von jedem Punkt aus lediglich der Zeitaufwand untersucht, der entsteht, um das Ziel „Stadtmitte (Marktplatz)“ zu erreichen. Dieses Ziel wird sowohl im Berufs- als auch Freizeitverkehr relativ häufig angestrebt oder zumindest durchquert und stellt damit ein repräsentatives und von jedem Punkt in Stuttgart aus relevantes Ziel dar. Die jeweiligen Fahrzeiten zur Stadtmitte von allen bebauten Flächen in Stuttgart aus veranschaulicht die Karte 1 getrennt für den MIV und den ÖPNV.

Fahrtzeiten des MIV aus Routenplanern sind Minimalzeiten ...

Im Durchschnitt benötigt man von einem beliebigen (bebauten) Punkt Stuttgarts mit einem Kraftfahrzeug etwa die Hälfte der Zeit wie mit dem ÖPNV. Allerdings sind die Fahrtzeiten des MIV, wie man sie etwa in Routenplanern im Internet abrufen kann, Minimalzeiten. Denn es wird davon ausgegangen, dass das Kraftfahrzeug an der Startadresse bereitsteht, die Fahrt unabhängig von der Tageszeit staufrei verläuft und das Fahrzeug direkt am Ziel geparkt werden kann. Die im Internetangebot der VVS abrufbaren Fahrtzeiten mit dem ÖPNV sind dagegen Normalreisezeiten (mit dem Weg zur Haltestelle und unabhängig von Jahres- und Tageszeiten realistischer Reisedauer). In der Realität dürften sich die erwartbaren Fahrtzeiten des MIV und des ÖPNV annähern.

... Fahrtzeiten des ÖPNV sind Normalreisezeiten

Karte 1: Vergleich der Fahrzeiten zwischen MIV und ÖPNV von Gebieten mit Bebauung zum Stuttgarter Marktplatz



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

18

„Perzentilabstands“-Verfahren um ÖPNV-Verbindung und Straßenanbindung/MIV vergleichbar zu machen

Aufgrund der schwer vergleichbaren Datenlage war es notwendig, einen rechnerischen Weg zu beschreiten, um einen Vergleich der Qualität der Straßen-/ÖPNV-Anbindung an einem Ort vorzunehmen. Das gewählte Verfahren hatte dabei nicht zum Ziel, ein Urteil darüber zu treffen, ob von einem Punkt aus das eine oder andere Verkehrsmittel „objektiv“ vorzuziehen ist. Vielmehr wurden die einzelnen Gebiete daraufhin untersucht, ob die ÖPNV-Verbindung zur Alternative MIV im Vergleich mit anderen Gebieten als zeitlich begünstigt, normal oder eher ungünstig gesehen werden können. Dieses Verfahren („Perzentilabstands“-Verfahren) wird im Folgenden am Beispiel der Sommerhaldenstraße in Botnang erläutert.

Unter idealen Bedingungen benötigt man von dort aus in die Innenstadt mit dem Kraftfahrzeug 17 Minuten und im Normalfall (Fußweg eingeschlossen) 28 Minuten mit dem ÖPNV. Damit ist (unter idealen Bedingungen) der MIV die zeitlich günstigere Alternative zum ÖPNV. Angestrebt ist jedoch eine Relativbetrachtung. Dabei zeigt sich, dass die ÖPNV-Anbindung als vorteilhaft anzusehen ist: Von 72 Prozent aller (bebauten) Gebiete in Stuttgart aus gelangt man mit dem Kraftfahrzeug schneller in die Innenstadt als von der Sommerhaldenstraße aus. Dagegen sind es nur 29 Prozent aller bebauten Gebiete, von denen aus man mit dem ÖPNV schneller in der Innenstadt ist. Die Sommerhaldenstraße ist somit relativ gut an den ÖPNV angeschlossen. Als Index für den relativen Vor- oder Nachteil des ÖPNV gegenüber dem MIV dient die Differenz zwischen der ersten Quote (72 %) und der zweiten (29 %). Ist die Differenz an einem Ort stark positiv, so ist dieser deutlich besser an den ÖPNV angeschlossen als aufgrund der Fahrtzeit mit dem Kraftfahrzeug zu erwarten wäre. Ist umgekehrt die Differenz stark negativ, so ist die ÖPNV-Anbindung im Vergleich ungünstig.

In Karte 2 sind diese relativen Vor- und Nachteile des ÖPNV gegenüber dem MIV veranschaulicht. Die Karte kann dahingehend interpretiert werden, dass bei sonst gleichen Voraussetzungen (etwa was die individuellen Präferenzen der Bewohner/Besucher eines Gebietes angeht) zu erwarten wäre, dass in einem Gebiet mit vergleichsweise gutem ÖPNV-Anschluss auch relativ viele Fahrten mit dem ÖPNV zurückgelegt werden.

Grundsätzlich kann ein relativer Vorteil der ÖPNV-Anbindung gegenüber der Straßenanbindung auf zwei Arten zustande kommen: Entweder sind im Vergleich zu einem anderen Gebiet bei gleichartiger Straßenanbindung die ÖPNV-Fahrzeiten relativ kurz, oder aber, bei einer gleich guten ÖPNV-Anbindung die Fahrtzeiten im Kraftfahrzeug relativ lang. Im Normalfall gilt ersteres. Denn wie sich in Karte 1 andeutet, verlaufen die Bänder gleicher Fahrtzeiten beim MIV stärker konzentrisch um die Stadtmitte herum als dies beim öffentlichen Nahverkehr zu beobachten ist. Das heißt, dass die Qualität der Straßenanbindung räumlich stärker „ausgewogen“ ist, die Qualität der ÖPNV-Anbindung dagegen räumlich stärker streut. Tendenziell bedingt also eher die ÖPNV-Anbindung die relative Vor- oder Nachteilhaftigkeit eines Verkehrsmittels in einem Gebiet.

Linienhafte Erschließung des ÖPNV begünstigt Gebiete in Nähe von S- und U-Bahnhöfen

Durch die linienhafte Erschließung des öffentlichen Nahverkehrs sind Gebiete in unmittelbarer Nähe von S- und U-Bahnhöfen im Vergleich zum MIV besonders begünstigt (vgl. Karte 2). Dies trifft unter anderem auf U-Bahn-Haltestellen in Botnang, Sillenbuch und Vaihingen sowie Mönchberg und Freiberg zu. Aber auch die S-Bahnhaltestellen in Ober- und Untertürkheim, Sommerrain, Vaihingen, Rohr, Weilimdorf, Korntal und Zuffenhausen ermöglichen eine vergleichsweise kurze Fahrtdauer in die Innenstadt.

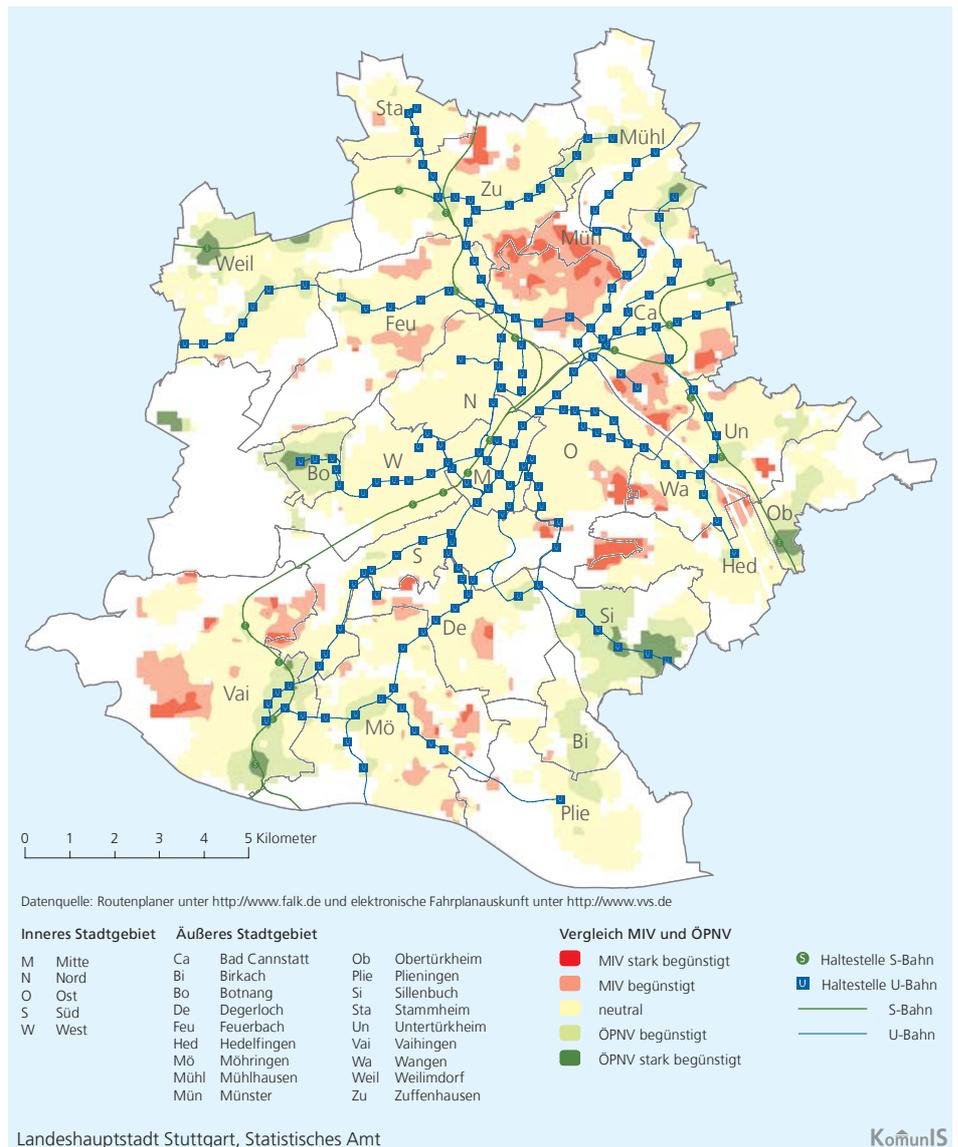
Busverbindung kann fehlende Bahnverbindung meist nicht adäquat ersetzen

Gebiete, in denen eine Autofahrt im Vergleich zum öffentlichen Nahverkehr attraktiver ist, sind in der Karte 2 rot eingefärbt. Besonders schienenferne Gegenden sind davon betroffen, da eine Busverbindung meist eine fehlende Bahnverbindung bezüglich der Reisezeit nicht adäquat ersetzen kann. Als Gebiete mit einer relativen Ungunst des ÖPNV lassen sich in Karte 2 folgende Wohngegenden lokalisieren: Lauchhau und Umgebung, Dachswald, Frauenkopf und Sternhäule. Ebenfalls mit vergleichsweise hohem Zeitaufwand sind mit dem ÖPNV stärker gewerblich genutzte Gebiete (z.B. Teile des Hafens, die Gegend um das neue Mercedes-Benz-Museum) sowie ein großer Bereich zwischen Bad Cannstatt und Feuerbach, der die Stadtteile Burgholzof, Hallschlag, Altenburg und Birkenäcker umfasst, von der Innenstadt aus zu erreichen.

Zwei Drittel der Bevölkerung wohnen in Gebieten mit überdurchschnittlich günstiger Anbindung an den ÖPNV

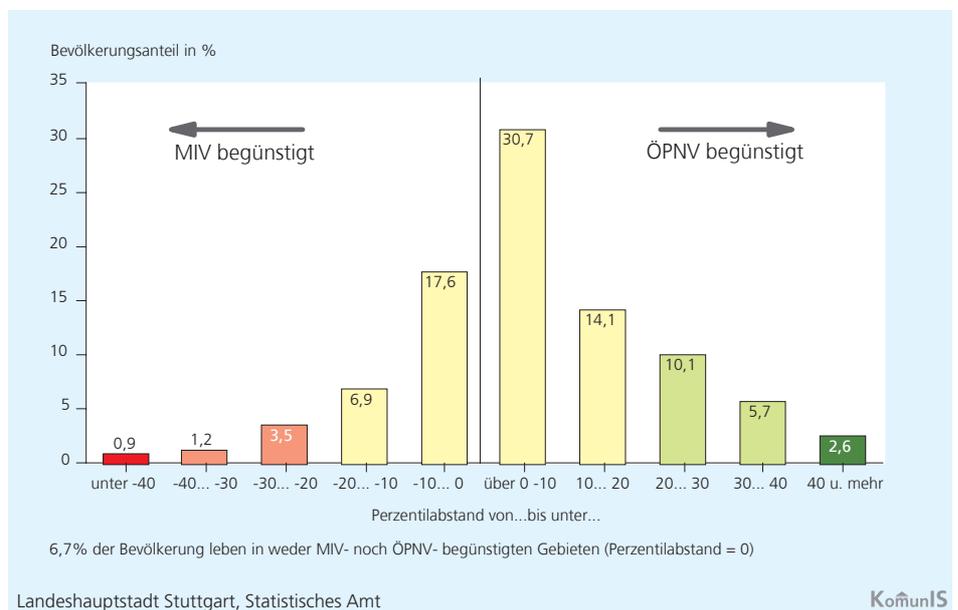
Hinsichtlich der räumlichen Anbindungsqualität im ÖPNV und der Bevölkerungsdichte zeigt sich ein positiver Zusammenhang. Das heißt, dass tendenziell stärker besiedelte Gebiete im Schnitt besser an den ÖPNV angebunden sind, als weniger dicht besiedelte. So wohnen zwei Drittel aller Stuttgarterinnen und Stuttgarter in Gebieten mit einer überdurchschnittlich günstigen Anbindung an den ÖPNV (vgl. Karte 1). Die Klassen in Abbildung 1 sind stärker differenziert als in Karte 2. Da die Fahrzeitenunterschiede im Perzentilabstand - 20 bis + 20 Prozentpunkte absolut gesehen nicht sehr hoch sind, wurde dieses Segment in der Karte 2 zum „neutralen“ Bereich zusammengefasst. In „neutral“ eingestuft Gebieten wohnen rund drei Viertel der Bürger. Vergleichsweise ungünstig sind 6 Prozent der Bevölkerung an den ÖPNV angebunden (repräsentiert durch rot markierte Gebiete, bzw. rote Balken in Karte 2 und Abbildung 1), günstig dagegen 20 Prozent (grüne Flächen/Balken). Diese Ergebnisse korrespondieren letztlich gut mit den hohen Zufriedenheitswerten der Bevölkerung mit dem ÖPNV in Stuttgart bei der Bürgerbefragung 2005. Hier äußerten sich 61 Prozent mit den öffentlichen Verkehrsmitteln als zufrieden und 22 Prozent als sehr zufrieden; unzufrieden waren 4 Prozent.

Karte 2: Relative Vor- und Nachteile von ÖPNV-Anbindung und MIV für Gebiete mit Bebauung



20

Abbildung 1: Relative Vor- und Nachteile von ÖPNV-Anbindung und MIV nach Anteil der Bevölkerung



Die Landtagswahl am 26. März 2006 in Stuttgart



Landtagswahl am 26. März 2006

Eine Analyse des Wahlverhaltens
in räumlicher und sozialstruktureller
Differenzierung

2006, 82 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken und Farbkarten
11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
kominis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

Den Wahlkampf im Blick



Strukturdatenatlas Wahlen 2004

2004, 180 Seiten, zahlreiche Tabellen,
24 zweifarbige Übersichtskarten,
23 Grafiken

13,00 € (zuzüglich Versandkosten)
ISSN 1431-0996

- Eine Dokumentation der Ergebnisse der letzten vier Wahlen
- Eine umfangreiche Sammlung demographischer und sozialstruktureller Daten
- Alle Daten für die Ebenen der 349 Wahlbezirke und der 23 Stadtbezirke aufbereitet
- Für jeden Stadtbezirk eine Übersichtskarte mit Lage und Abgrenzung der Wahlbezirke
- Strukturdatenatlas Wahlen 2004: Eine unverzichtbare Informationsgrundlage für den Wahlkampf

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
kominis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

Ihre Meinung ist gefragt!



2006, 402 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2005 in der Gesamtschau

mit Beiträgen von:

Anke Schöb
Die Stuttgarter Bürgerumfrage im Lichte
kommunaler Umfragen

Anke Schöb
Methodische Aspekte der Bürgerumfrage 2005

Jochen Gieck, Anke Schöb
Erste Ergebnisse der Bürgerumfrage 2005

Joachim Eicken
Wie sehen die Stuttgarter ihre Stadt?

Jochen Gieck
Mobilität in Stuttgart

Joachim Eicken
Das Ehrenamt in Stuttgart

Anke Schöb
Familien- und kinderfreundliche Stadt

Ralph Braun, Thomas Drautz, Catrin Hanke,
Sabrina Pott
Leben und Wohnen älterer Stuttgarter
Bürgerinnen und Bürger

Anke Schöb
Die Integration ausländischer Mitbürger

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de
kommunis@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de

Veröffentlichungen zu den Themen:

Thomas Schwarz:
Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2005 in geschlechts- und altersspezifischer Hinsicht,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 6/2006, S. 136-167

Die Landtagswahl am 26. März 2006 in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 2/2006

Bürgerumfrage 2005,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 3/2006,

Jochen Gieck:
Mobilität in Stuttgart – Ergebnisse der Bürgerumfrage 2005,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 1/2006, S. 13-26

Ulrich Stein:
Struktur der Arbeitslosigkeit in Stuttgart im Großstadtvergleich,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 12/2005, S. 423